

angefangen am 8 März 1966

BB-01

# Brigadebuch

## Meisterbereich Poliererei

Leiter: Kolln. Elfriede Klauke

Vertrauensmann:  
Kolln. Adelheit Schimke

P r o g r a m m

des Meisterbereiches Diamantpoliererei für den Kampf um den  
Titel „Sozialistischer Meisterbereich“.

-----

Aus Anlaß des Internationalen Frauentages 1966 schließen sich die Kolleginnen und Kollegen der Diamantpoliererei zu einer Brigade zusammen. Zielstellung dieser Brigade ist es, bis zum 8. März 1967 den Titel "Sozialistischer Meisterbereich" zu erringen. Zu diesem Ziel soll folgendes Programm führen:

- ✓ 1. Absicherung der Produktion der Zieherei durch rechtzeitige Bereitstellung der notwendigen Ziehsteine und Ziehdiamanten.
2. Restlose Ausmerzung des bisher verschleierte Ausschusses.
- ✓ 3. Bis März 1967 alle Ziehsteine so umzuarbeiten, daß Beschwerden wegen zu kleiner Einlaufwinkel (Abmessungen über 3,5 mm Ø) nicht mehr auftreten.
- ✓ 4. Die Diamantpoliererei verpflichtet sich in enger Zusammenarbeit mit dem Feinzug und der Technologie Kw die Umorganisation der Ziehstufen durchzuführen.
- ✓ 5. Weitere Gewährleistung der guten Arbeitszeitausnutzung durch Erziehung der Kollegin Degen und weiterhin unfallfreies Arbeiten.
6. Qualifizierung der Kollegen Schmidt und Baumgardt zu guten Ziehsteinpolierern bis 30. September 1966.
7. Die Kolleginnen der Diamantpoliererei übernehmen aus eigener Kraft die Ausbildung des Nachwuchses an den Diamantmaschinen.
8. Die Diamantpoliererei bietet sich an, sozialistische Hilfe und Unterstützung bei Neuerungen zu leisten, soweit es sich um Arbeiten handelt, die in dieser Abteilung durchgeführt werden können.
9. Zur Förderung des kulturellen Zusammenlebens werden die Kolleginnen der Diamantpoliererei gemeinsam Veranstaltungen besuchen bzw. selbst geselliges Beisammensein veranstalten.

Die Verwirklichung dieses Programms soll unser Beitrag sein, zum gesellschaftlichen Ziel der max. Erhöhung des National-  
einkommens. Durch die Einführung des Haushaltsbuches ist uns die  
Möglichkeit gegeben, die Ergebnisse unserer Arbeit besser kon-  
trollieren zu können. Die Auswertung erfolgt quartalsweise.

Für die Realisierung dieses Programms erwartet das Kollektiv  
die Unterstützung von Partei und Gewerkschaft.

*Kieff*  
Bereichsleiter Kw/III

*i.V. Seifert*  
Betriebsleiter Kw

Vertrauensmann

*Adelbert Schünke*

Meisterin

*Elfriede Glauke*

*Werkmeister*  
A G L - Kw



Unser Kollektiv

# Mitglieder der Brigade

Degen, Gisela

FDGB

Masch-  
Ziehsteinpoliererin

Elger, Katharina

FDGB

Ziehsteinbearbeiterin

Stammarb/Bestarb.  
Aktivist

Fülling, Maria

FDGB-DSF

Ziehsteinbearbeiterin

Stammarbeiter

Habermann, Vera

FDGB

Handpoliererin

Jähne, Minna

FDGB

Diamantpoliererin

Stammarbeiter

Kopittke, Luci

FDGB

Diamantpoliererin

Stammarbeiter

Kahnert, Margarete

FDGB-DSF

Sozialbevollmächtigte

Brigadebuchführerin

Hartmetallbohrerin

Klawke, Elfriede      FDGB - SED - DSF      Leiter des  
2. X Aktivist      Kollektivs  
Stammarbeiter      BGL-Mitglied

Lewke, Ilse      FDGB      Handpoliererin  
DSF

Labisch, Gertrud      FDGB - DSF      Masch-  
Aktivist      Ziehsteinpoliererin  
Konfliktkommission

Peisker, Rita      FDGB      Masch-  
DSF      Ziehsteinpoliererin

Süsskow, Ida      FDGB      Handpoliererin  
Stammarbeiter

Schimke, Adelheid      FDGB      Masch-  
Ziehsteinpoliererin  
Vertrauensmann

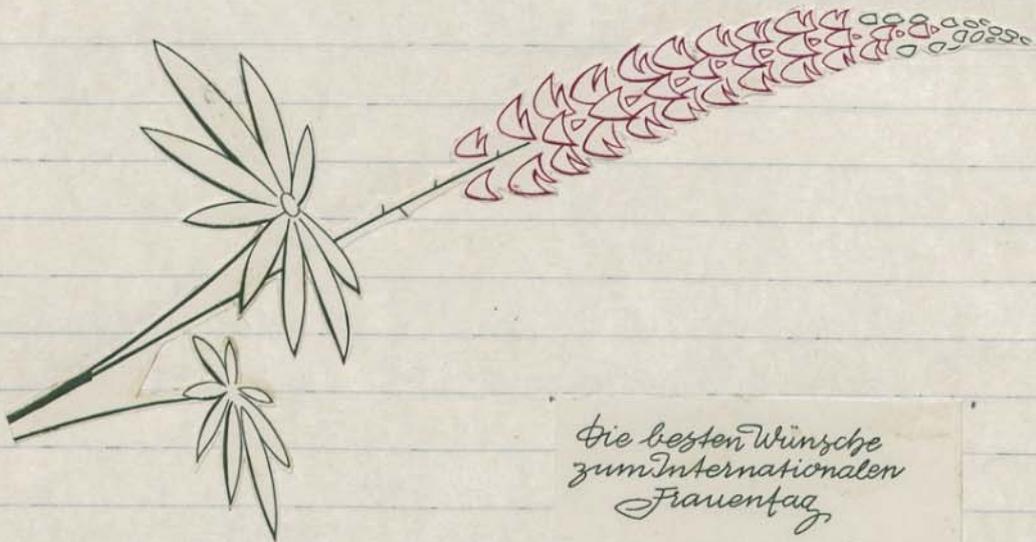
Wenzel, Frieda      FDGB      Hartmetallbohrerin  
Stammarbeiter

Schultz, Roswitha      FDGB      Masch-  
Ziehsteinpoliererin

## Zum 8. März

Es gab einmal Tage, da die Frauen entrechtet,  
ihre Stimme hatte nirgends Gewicht.  
Sie wurden geschunden, mißachtet, geknechtet,  
und so lernten sie schnell, was das Wort heißt: Verzicht.  
Man nahm ihnen Gatten und Söhne weg  
und ließ sie im Krieg aufeinander schießen.  
Nur Profitsucht der Herren war der Zweck,  
und Tausende mußten die Augen schließen.  
Doch es kamen auch Tage, da die Frauen erkannten,  
welche Kraft in ihren Händen steckt  
und auf Ruinen, verrußten, verbrannten,  
da sah man sie, die Arme nicht mehr zum Himmel gereckt.  
Sondern überall packten sie kräftig mit an  
und machten dem Unrat des Krieges ein Ende.  
Jede einzelne Frau stand ihren Mann  
und nahm ihre Zukunft in die eigenen Hände.  
Die Frauen lernten die Welt zu verändern.  
Sie leiteten Werke und lehrten das Neue  
und die fortschrittlichen Frauen aus allen Ländern  
halten dem Frieden und der Freiheit die Treue.  
Wir Männer sind stolz auf unsere Frauen  
und danken ihnen für alles, was sie vollbracht.  
Wir haben zu ihnen das größte Vertrauen,  
denn sie haben den Frieden unschlagbar gemacht.

Jürgen Wöhrmann, FxI



Die besten Wünsche  
zum Internationalen  
Frauentag

## Fuszeichnungen

Für gute Leistungen wurden am  
8. März ausgezeichnet:

Kollu. F. Lüpke, Kollu. F. Weitzel.  
mit einer öffentlichen Belobigung.

Kollu. M. Jähne mit einer  
Geldprämie.

Kollu. R. Klauke, Kollu. G. Labisch  
als Aktivist.



# Protestresolution!

Mit tiefem Abscheu vernahmen wir füglich, daß US 77 Soldaten in Südvietnam eine barbarische Aggression gegen das sudvietnamaisische Volk führen. Ihren schamlosen Krieg wollen sie weiter verschärfen indem sie sich vorgenommen haben auch mit ihren Bourgeois die demokratische Republik Vietnam auszugreifen.

Wie ihr Marlow aussieht, das können wir am besten verstehen, denn der Faschismus in Deutschland hat es uns gezeigt.

Vor allen Dingen denken wir als Frauen an die Kinder und Frauen in Süd- und der demokratischen Republik Vietnam die von der US 77 Soldateska ermordet worden.

Wir die Kolleginnen der Polizei der Kupferwerke stehen geschlossen hinter das kämpfende Volk in Südvietnam und der demokratischen Republik Vietnam.

Euere Sieg, ist auch unser Sieg.

Die Kolleginnen der Polizei  
der Kupferwerke K. W. O.

Protestveranstaltung

**Solidarität**



**mit**

**den**

**Patrioten**

**Vietnams!**

**Spende**

**für Vietnam**



Nr. 11

17. März 1966

### **Solidarität**

Die Werktätigen des Kupferwerkes folgten dem Aufruf des Kollektivs „Ernst Schneller“ und spendeten insgesamt 363,30 MDN für das um seine Freiheit kämpfende vietnamesische Volk.

Kollegin Gertrud Labisch, die in der Poliererei des Kupferwerkes arbeitet und anlässlich des diesjährigen Internationalen Frauentages für ihre hervorragenden Leistungen als Aktivistin ausgezeichnet wurde, überwies 25 MDN auf das Solidaritätskonto „Vietnam“. Das ist ein nachahmenswertes Beispiel.

Bei einer durchgeführten Sammlung,  
für das heldenhaft kämpfende  
vietnamesische Volk, spendeten die  
Kolleginnen der Poliererei 40,00 MDN

Gewerkschaftsversammlung 15.3.1966

Thema:

- 1) Führung des Haushaltsbuches in der  
Polizei.
- 2) Auseinandersetzung mit der Kollegin  
Degen.

Protokoll:

- 1) Wir verpflichten uns das Haushaltsbuch  
zu führen.  
Alle gegebenen Kennziffern einzuhalten  
oder zu überbieten.  
Monatliche Auswertung vorzunehmen.
- 2) Die Kollegin G. Degen sieht ein das  
durch ihre Fehlstunden und schlechte  
Arbeitsmoral der gute Ruf der  
gesamten Kollektions gefährdet wird.  
Wir wollen ihr gemeinsam helfen.

# SOZIALISTISCHE EINHEITSPARTEI DEUTSCHLANDS

HAUS DES ZENTRALKOMITEES AM MARX-ENGELS-PLATZ 7, 102 BERLIN / RUF 20280

## ANTWORT

des Zentralkomitees der SED  
auf die „Offene Antwort“ des Parteivorstandes der SPD

Berlin, den 25. März 1966

**An die Delegierten des Dortmunder Parteitages der SPD  
und an alle Mitglieder und Freunde der Sozialdemokratie in Westdeutschland**

Werte Genossen!

Am 7. Februar 1966 wurde der Offene Brief des Zentralkomitees der SED an die Delegierten des Dortmunder Parteitages der SPD und an alle Mitglieder und Freunde der Sozialdemokratie in Westdeutschland dem Vorsitzenden der SPD, Willy Brandt, übermittelt. Am 11. Februar 1966 wurde dieser Offene Brief in der Presse der Deutschen Demokratischen Republik veröffentlicht.

Am 19. März 1966 erhielten wir vom Parteivorstand der SPD den Wortlaut seiner Antwort. Sie zeigt, daß trotz vieler Meinungsverschiedenheiten in prinzipiellen Fragen die Aussprache der deutschen Arbeiterparteien, die Aussprache zwischen SPD und SED begonnen hat.

Wir stimmen dem Parteivorstand der SPD zu, daß es notwendig ist, „vor den Menschen in ganz Deutschland den Austausch von Argumenten über die Kernfragen der deutschen Politik in Gang zu bringen“. Und wir können andererseits feststellen, daß der Parteivorstand der SPD mit uns der Meinung ist, die Politik einer deutschen Partei müsse an ihrer Stellung zur Deutschlandfrage gemessen werden.

Das haben wir in unserem Offenen Brief festgestellt. Damit wir aber nicht allgemein bleiben, haben wir die heute in Deutschland zur Entscheidung stehenden Grundfragen beim Namen genannt. Es sind dies die Fragen:

1. Bist Du für Verhandlungen und für die Verständigung der Regierungen der beiden deutschen Staaten mit dem Ziel der Entspannung und der Schaffung der Voraussetzungen für ihre Zusammenarbeit und schrittweise Vereinigung?
2. Wie stehst Du zum Friedensvertrag? Welche Vorstellung hat die SPD von der Vorbereitung und vom Inhalt des Friedensvertrages?
3. Wie soll das einige Deutschland aussehen, das Du erstrebst? Soll es ein Deutschland sein, in dem das Volk bestimmt, oder sollen in ihm die Multimillionäre und Hitlergenerale den Ton angeben?

Die Antwort des Parteivorstandes enthält allerdings noch keine Antwort auf diese Kernfragen.

Offenbar ist der SPD-Vorstand deshalb auf die Deutschlandfrage kaum eingegangen, weil er mit der CDU und FDP eine gemeinsame Politik vertreten möchte. Eine Anpassung an die Deutschlandpolitik der CDU/CSU aber wäre eine Anpassung an eine gescheiterte Deutschlandpolitik, deren völlige Untauglichkeit in den vergangenen zwei Jahrzehnten hinlänglich bewiesen wurde. Das wäre zugleich der Verzicht auf eine eigenständige sozialdemokratische Konzeption der Lösung der deutschen Probleme. Das ist kein Weg zur Überwindung der Spaltung Deutschlands.

Es muß ein anderer Weg gesucht werden.

Die Nachkriegszeit ist beendet. Auch unter den Arbeitern und Bauern Westdeutschlands, in vielen Kreisen der Intelligenz und auch des Bürgertums wachsen Streben und Bereitschaft, mit dafür einzutreten, daß keine neue Vorkriegszeit anbricht. Wir sind der Überzeugung, auch die Mehrheit der Westdeutschen wünscht, daß alles getan werde, damit kein neuer Krieg von deutschem Boden ausgehe, daß die Kluft zwischen den beiden deutschen Staaten nicht vertieft, sondern der Weg ihrer Annäherung beschritten werde.

Sozialdemokratische Politiker haben die Vermutung geäußert, mit unserer Initiative für eine Annäherung und Zusammenarbeit der beiden Parteien wollten wir die SPD durcheinanderbringen oder gar bevorzugen. Wir erklären ausdrücklich, daß unsere Initiative und unsere Vorschläge einzig und allein der Verständigung dienen sollen. Eben aus diesem Grunde sehen wir auch davon ab, auf gewisse Entgleisungen in der Richtung persönlicher Diffamierung und beleidigender Unterstellungen in der „Offenen Antwort“ des SPD-Vorstandes zu reagieren. Wir sind der Ansicht, daß es unserem großen Anliegen dienlicher ist, sachlich die Meinungen auszutauschen – mögen sie vorerst auch noch so weit auseinandergehen – und nach einem guten Ergebnis zu streben.

Wir konzentrieren uns in unserer Antwort zunächst auf einige Hauptfragen und nehmen an, daß im Verlauf des Meinungsaustausches manche weitere Fragen erörtert und auch geklärt werden können.

Es kommt – unserer Meinung nach – vorrangig darauf an, daß die beiden größten deutschen Parteien, die SED und die SPD, ihre Auffassungen über jene Probleme austauschen, die Frieden und Krieg, Abrüstung und europäische Sicherheit, die Sicherung der Demokratie und die Bereitung des Weges für eine friedliche Lösung der deutschen Frage betreffen. Wenn hier eine Annäherung möglich wäre, könnten andere Fragen leichter gelöst werden. Wir haben der westdeutschen Sozialdemokratie weder eine Vereinigung unserer Parteien noch die Bildung einer Volksfront vorgeschlagen. Eines jedoch ist gewiß. Soll es zu einer Vereinigung der deutschen Staaten kommen, so ist dazu die Zusammenarbeit von SED und SPD und aller Arbeiterorganisationen hüben und drüben unumgänglich. Das Beharren auf der Nichtzusammenarbeit wäre Beharren auf der Fortsetzung und Versteinerung der Spaltung Deutschlands. Das käme nur jenen Kräften entgegen, die Deutschland gespalten haben und nicht daran interessiert sind, daß ein geeintes, friedliches und demokratisches Deutschland entsteht.

Werte Genossen!

Wir müssen gestehen, daß aus Ihrer „Offenen Antwort“ der Unterschied zwischen Ihrer Deutschlandpolitik und der Deutschlandpolitik der CDU/CSU, von der jedermann weiß und sagt, daß sie hoffnungslos in der Sackgasse steckt, nicht hervorgeht. Früher einmal hatte die SPD einen eigenen Deutschlandplan. Sie gab ihn im Juni 1960 durch eine Erklärung im Bundestag zugunsten der Gemeinsamkeit mit der CDU/CSU auf. Das hat sich doch für die Sozialdemokratie nicht ausgezahlt. Aus welchem Grunde muß denn die SPD der CDU/CSU in der Sackgasse Gesellschaft leisten?

Die Deutschlandpolitik der CDU beruht bekanntlich darauf, die DDR als Niemandland zu betrachten und sich auf deren Eroberung vorzubereiten. Aber jeder sollte wissen, das ist keine Deutschlandpolitik, sondern eine Deutschland-Vernichtungspolitik. Wer den Tag X propagiert und vorbereitet, propagiert und bereitet für Deutschland den Tag Null, die Zerstörung, vor.

In der „Offenen Antwort“ heißt es sehr richtig, daß, ungeachtet aller Standpunkte in der Deutschlandfrage, Deutschland nicht zu einem zusätzlichen Spannungsherd werden dürfe. Aber gerade das völlig irreal beharren auf den Grenzen von 1937 ist zum Beispiel ein gefährliches Element der Spannungen. Es entfacht Illusionen, ermuntert die Unbelehrbaren und erhöht die Kriegsgefahr.

Weder die deutschen Sozialdemokraten noch die deutschen Kommunisten sind für die Eroberungskriege der deutschen Großbourgeoisie verantwortlich. Immer ging es dabei darum, Grenzen zu verändern. Was aber ist herausgekommen?

Unerhörte Verluste an Gut und Blut kommen auf das Schuldkonto der deutschen Großfinanz, ihrer Ludendorffs und ihrer Hitlers. Sehen Sie sich doch die Karte Deutschlands von 1914, dann die nach 1918 und dann die von 1945 an! Die Grenzen von 1914, dann die nach 1918 und 1937 – sie wurden von den deutschen Großkapitalisten und Großgrundbesitzern unwiderruflich verspielt. Sie wollten ihre Macht durch immer neue Raubkriege vergrößern und machten damit Deutschland immer kleiner und spalteten es schließlich. Und was würde von Deutschland nach einem dritten Krieg übrigbleiben? Wer Grenzen ändern will, die seit 20 Jahren bestehen, kalkuliert den Krieg als Mittel der Politik ein. Die CDU tut das bewußt. Und wo steht die Sozialdemokratie?

Die deutsche Arbeiterklasse vermochte leider nicht zu verhindern, daß zwei Weltkriege von deutschem Boden ausgingen und Unheil über so viele Völker brachten. Die deutsche Arbeiterklasse, ihre Parteien und Organisationen müssen und können heute verhindern, daß ein dritter Weltkrieg – ein Krieg, der mit Atomwaffen geführt würde – von deutschem Boden ausgeht.

In der „Offenen Antwort“ wird erklärt, die Entwicklung der letzten 20 Jahre lasse es der SPD nicht als nützlich erscheinen, in eine Diskussion einzutreten, die so tut, als wenn eine Lösung der deutschen Frage im wesentlichen nur von den in Deutschland wirkenden Faktoren abhängt. Wir gestatten uns, hierzu folgendes zu sagen: Natürlich hängt die Lösung der deutschen Frage von verschiedenen Faktoren ab. Den Hauptfaktor aber, die deutsche Arbeiterklasse und ihre Organisationen und das deutsche Volk bei diesen Faktoren nicht einzubeziehen, heißt auf jede Deutschlandpolitik verzichten.

Wir sind in dieser Frage der Meinung Willy Brandts: In der deutschen Frage wird sich ernsthaft nichts rühren, solange sich die Deutschen nicht selber rühren. Wir möchten nur ergänzen: In der deutschen

Frage wird sich ernsthaft nichts rühren, solange sich die beiden deutschen Staaten nicht gemeinsam bemühen. Diese Aufgabe kann ihnen niemand abnehmen, auch nicht die Siegermächte des zweiten Weltkrieges.

#### Werte Genossen!

In der Antwort des Parteivorstandes der SPD wird uns vorgeworfen, wir wollten in Westdeutschland „die Grundlagen einer freiheitlichen demokratischen Ordnung beseitigen“. Das ist natürlich nicht der Fall. Die Demokratie in Westdeutschland ist selbst nach Meinung vieler westdeutscher Gewerkschafter, Sozialdemokraten, bürgerlicher Politiker und Wissenschaftler ausgehöhlt worden, und zwar nicht von uns, sondern von den restaurativen Kräften in Westdeutschland.

Wir erinnern daran, daß es einmal eine Weimarer Verfassung gab, die auch viele demokratische Grundsätze enthielt. Aber sie wurden systematisch von den Großkapitalisten, Großgrundbesitzern, von den monarchistischen Offizieren und Generalen, von den monarchistischen Richtern, von einer reaktionären Presse und dann von Brüning, Papen und Schleicher immer mehr eingeschränkt und schließlich durch Hitler völlig vernichtet. Nicht wenige Westdeutsche sehen in der westdeutschen Gegenwart die Analogie des Weges, der zu Hitler und in den Krieg führte.

Was also macht uns so besorgt über die Entwicklung in Westdeutschland? Die SPD selbst hat im Godesberger Programm 1959 erklärt: „Wer in den Großorganisationen der Wirtschaft die Verfügung über Millionenwerte und über Zehntausende von Arbeitnehmern hat, der wirtschaftet nicht nur, er übt Herrschaftsmacht über Menschen aus; die Abhängigkeit der Arbeiter und Angestellten geht weit über das Ökonomisch-Materielle hinaus... Mit ihrer durch Kartelle und Verbände noch gesteigerten Macht gewinnen die führenden Männer der Großwirtschaft einen Einfluß auf Staat und Politik, der mit demokratischen Grundsätzen nicht vereinbar ist. Sie usurpieren Staatsgewalt. Wirtschaftliche Macht wird zu politischer Macht.“

Das wurde 1959 geschrieben. Hat sich seitdem etwas zum Besseren verändert? Im Gegenteil. Die Verbindung der wirtschaftlichen Macht der großen Monopole mit ihrer Herrschaft über Politik und Gesellschaft ist weiter vorangeschritten. Die westdeutsche Wirtschaft wird von einer kleinen Zahl von Großkapitalisten absolutistisch regiert. Eine Handbewegung von ihnen, und Zehntausende Bergarbeiter verlieren ihren Arbeitsplatz. Die Zechenherren erhalten dafür Millionen Prämien.

In den höchsten Spitzen des Staatsapparates sitzt die Reaktion, die personell zum großen Teil noch mit dem braunen Regime eng verknüpft ist. An die Stelle der monarchistischen Richter der Weimarer Zeit sind die juristischen Handlanger Hitlers getreten: Sie haben entscheidende Positionen in der westdeutschen Justiz inne. An der Spitze der westdeutschen Bundeswehr stehen Offiziere Hitlers, die ihm bis fünf Minuten nach zwölf dienten. Nach dem ersten Weltkrieg hieß es: Der Kaiser ging und die Generale blieben. Heute muß man für Westdeutschland feststellen: Hitler verschwand, aber seine Wehrwirtschaftsführer und seine Generale sind da. Die einfachen Soldaten waren und sind Söhne von Arbeitern und Bauern. Unter ihnen gibt es viele Sozialdemokraten. Aber sogar schon die jungen Offiziere, die Leutnants, stehen zu 75 Prozent auf der Seite der CDU/CSU. Sie sind im Geiste des Revanchismus erzogen und bereit, nicht nur auf die Deutschen in der DDR, sondern auch auf die westdeutschen Arbeiter, Sozialdemokraten und Gewerkschafter zu schießen. Ganz im Geiste und in der Tradition des deutschen Militarismus.

Der größte Teil der westdeutschen Presse ist in den Händen reaktionärer Großkapitalisten. Ein neuer Hugenberg, Herr Springer, herrscht über einen immer größeren Teil der Zeitungen und Zeitschriften. Ist es nicht erschreckend, daß eine Partei wie die SPD, die über 13 Millionen Wähler hat und mehr als 700 000 Mitglieder, bis heute nicht in der Lage ist, dieses kapitalistische Monopol der öffentlichen Meinungsbildung zu brechen? Der bekannte westdeutsche bürgerliche Journalist Paul Sethe ist für Westdeutschland zu der Überzeugung gekommen: „Pressefreiheit ist die Freiheit von 200 reichen Leuten, ihre Meinung zu verbreiten. Frei ist, wer reich ist...“

Und der Aushöhlungsprozeß der demokratischen Grundrechte schreitet fort. Neue Gefahren entstehen durch die Notstandsgesetzgebung, das Streben nach Mitverfügungsgewalt und Mitbesitz von Atomwaffen, durch die geplante Finanzreform, die die Rechte der Gemeinden und Länder weiter beschneiden soll.

Und all das zusammengenommen wird den Westdeutschen als „Formierte Gesellschaft“ serviert.

Die Tatsache, daß eine offensichtlich neofaschistische Partei in einigen westdeutschen Städten wachsenden Zulauf hat und bis zu 9 Prozent aller Wählerstimmen gewinnen konnte, sollte für alle Sozialdemokraten und Gewerkschafter, die die Entwicklung in der Weimarer Republik bewußt miterlebten, ein Signal für Wachsamkeit sein. Bemerkenswerterweise hat diese neofaschistische Partei in den alten Traditionsstätten des deutschen Faschismus den stärksten Anhang.

Aber eine traditionsreiche deutsche Arbeiterpartei, die Kommunistische Partei Deutschlands, die im Kampf gegen Faschismus und Krieg große Opfer gebracht hat, ist in Westdeutschland verboten. Ihre Mitglieder und Anhänger werden polizeilich verfolgt. So wird es dieser Partei unerhört erschwert, an der öffentlichen Diskussion der deutschen Fragen teilzunehmen und ihren Beitrag zu leisten.

Von einer demokratischen Entwicklung haben wir andere Vorstellungen. Wenn tatsächlich die im Bonner Grundgesetz niedergelegten demokratischen Rechte in Westdeutschland die Entwicklung bestimmten, hätten wir weniger Sorgen. Wir können die Empfehlung nicht ganz verstehen, uns solche Art Demokratie zum Vorbild zu nehmen.

Je mehr in Westdeutschland die antidemokratischen Kräfte die Oberhand gewinnen, desto schwieriger wird eine Vereinigung der beiden deutschen Staaten. In dieser Entwicklung, nicht im Bestehen einer Grenze zwischen den beiden deutschen Staaten, liegt die akute Gefahr. Hinzu kommt die immer größere Teilnahme der westdeutschen Regierung am barbarischen USA-Krieg gegen die Freiheit und das Selbstbestimmungsrecht des vietnamesischen Volkes. Sie könnte Westdeutschland in das Kriegsabenteuer verwickeln. Wenn die restaurativen Kräfte heute über ganz Deutschland herrschen könnten, dann wäre wahrscheinlich der Krieg in Europa schon da.

#### Werte Genossen!

In der „Offenen Antwort“ werden wir aufgefordert, Schikanen gegen Westberlin einzustellen. Wir haben keine Politik der Schikanen gegenüber Westberlin. Wir wollen auch nicht alte Wunden aufreißen und ausdiskutieren, was uns mit dem Mißbrauch Westberlins als Werkzeug des kalten Krieges gegen die Deutsche Demokratische Republik angetan wurde. Das ist ein düsteres Kapitel.

Eine Annäherung zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und Westberlin kann sich sachlich vollziehen, wenn der Mißbrauch Westberlins aufhört. Westberlin ist kein Land der westdeutschen Bundesrepublik und wird nie zur westdeutschen Bundesrepublik gehören. Jeder Versuch, diesen Status quo zu ändern, birgt Gefahren und Konfliktstoffe. Westberlin ist ein besonderes Gebiet unter Besatzungsregime auf dem Territorium der DDR. Wer Westberlin als „Pfahl im Fleische der DDR“, als „billigste Atombombe“, als „Störenfried“ ansieht, sollte sich nicht darüber beklagen, daß die Regierung der DDR die friedliche Arbeit und Sicherheit ihrer Bürger schützt.

Wir können und werden nicht zulassen, daß Westberlin von militaristischen Kreisen und Brandstiftern gegen die DDR ausgenutzt wird. Unsere Beziehungen zu Westberlin könnten – unter Berücksichtigung der Interessen der Westberliner – durchaus freundschaftlich sein. Das ist unser Wunsch. Aber dazu ist es nötig, den kalten Krieg aus Westberlin für immer zu verbannen.

Bei dieser Gelegenheit möchten wir daran erinnern, daß es unsere Partei und die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik waren, deren Initiative und Geduld die Passierscheinabkommen gegen den Widerstand der regierenden Entspannungseinde in Bonn ermöglichten.

In der Antwort des Parteivorstandes der SPD ist viel von Menschlichkeit und menschlichen Beziehungen die Rede. Wir sind der Ansicht, daß es notwendig ist, auch über dieses Thema offen zu sprechen.

Der Sozialismus, den wir auf deutschem Boden aufbauen, beruht auf den Prinzipien der Menschlichkeit. Das unterscheidet den Sozialismus vom Kapitalismus. In der Geschichte des Sozialismus stand immer die Idee der Menschlichkeit im Vordergrund. Die Geschichte des Kapitalismus, einschließlich seiner abscheulichen Kriege, ist eine Kette von Unmenschlichkeiten. Gegen diese Unmenschlichkeiten muß die Menschlichkeit verteidigt werden. Und das tun wir.

Niemand kann verkennen, daß infolge der Spaltung Deutschlands durch die imperialistischen Westmächte und das westdeutsche Großkapital nicht wenige menschliche Beziehungen in Deutschland gestört sind. Und falls in Westdeutschland die Politik der Feindschaft gegenüber der DDR, die Politik der atomaren Aufrüstung, die Politik des kalten Krieges und der Revision der seit 20 Jahren bestehenden Grenzen fortgesetzt wird, besteht leider wenig Aussicht, diese Störungen in den menschlichen Beziehungen zu beseitigen.

Jawohl, die Beziehungen zwischen den Bürgern der beiden deutschen Staaten, einschließlich des Reiseverkehrs, sind in der Tat durch die Politik der Feindschaft gegen die DDR aufs schwerste belastet. Solche Probleme können nur zwischen den Regierungen der beiden deutschen Staaten im Zuge einer Normalisierung der Beziehungen zwischen ihnen geklärt werden.

Sehr förderlich und zweckmäßig wäre es, wenn bis dahin die SPD sich für die Beseitigung aller Diskriminierungen von Bürgern der DDR bei Reisen in die westdeutsche Bundesrepublik und bei Reisen in andere NATO-Länder einsetzen würde.

Es vergiftet ständig von neuem die Atmosphäre, wenn Bürger der DDR auf Betreiben der westdeutschen Regierung entwürdigenden Prozeduren unterzogen werden, wenn Sportler an Wettkämpfen gehindert werden, weil ihre Sportkleidung der westdeutschen Polizei nicht gefällt, wenn Bürger der DDR willkürlich verhaftet und als „lästige Ausländer“ über die Grenze abgeschoben werden. Das sind Polizeistaat-Methoden und keine Mittel zur Förderung der menschlichen Beziehungen.

Die Bürger der DDR sind sich dieser Lage bewußt. Sie haben nach der Gründung der beiden deutschen Staaten 13 Jahre lang unter schwierigen Bedingungen und bei offener Grenze den Sozialismus aufgebaut. Diese offene Grenze wurde unter Mißbrauch Westberlins dazu benutzt, der Deutschen Demokratischen Republik und ihren Bürgern Milliardenwerte zu rauben. Der bekannte westdeutsche

Wissenschaftler und frühere Bundestagsabgeordnete der SPD Prof. Baade hat den auf diese Weise der DDR und ihren Bürgern zugefügten Schaden auf 85 Milliarden Mark geschätzt. Unsere Berechnungen liegen weit höher.

Wir haben nicht vergessen und werden es nicht vergessen, wie – unterstützt und gelenkt von der Regierung der westdeutschen Bundesrepublik – systematisch versucht wurde, zum Beispiel durch Abwerbung von Fachärzten, das Gesundheitswesen der DDR zu desorganisieren. Diese Störtätigkeit wurde systematisch auf einzelne Städte und Kreise konzentriert, und es wurde großer Schaden angerichtet. Letztlich traf es die ärztlicher Hilfe bedürftigen DDR-Bürger. Wir haben diese Angriffe auf unser Gesundheitswesen überstanden. Ähnliche Beispiele gibt es auf vielen Gebieten. Wir wollen hier nicht die Rolle untersuchen, die gewisse der SPD nahestehende Organisationen – nicht zuletzt auch in Westberlin – bei der systematischen Kampagne der Schädigung der DDR und ihrer Bürger gespielt haben und immer noch spielen.

Wir haben jedenfalls nicht die Absicht, neue Versuche der Regierung der westdeutschen Bundesrepublik, sich auf Kosten der Bevölkerung der DDR zu bereichern, in irgendeiner Weise zu erleichtern. Der unfreiwillige Blutspender für die reiche westdeutsche Bundesrepublik hat sich spät, aber noch rechtzeitig darauf besonnen, daß er sein Blut selber braucht. Seit dem 13. August 1961 und dank der damals getroffenen Maßnahmen haben sich – das geben selbst unsere Gegner zu – Wirtschaft und Lebenshaltung wesentlich gefestigt und verbessert.

Die Bürger der DDR bringen bewußt auch persönliche Opfer, um die durch die Sicherung unserer Grenzen erzielte Stabilität der Entwicklung zu fördern und damit letztlich der Erhaltung des Friedens und auch der Verständigung der deutschen Staaten zu dienen.

Im übrigen: 13 Jahre gab es die offene Grenze, und dennoch gab es weder eine Annäherung noch eine Verständigung zwischen den Arbeiterparteien oder den deutschen Staaten. Die Grenze kann also nicht die Ursache der Spannungen sein.

Wenn es um die Beziehungen zwischen den Bürgern beider deutscher Staaten geht, so meinen wir: Es gibt kein Hindernis von unserer Seite für die offene Aussprache der deutschen Arbeiter der DDR wie der Bundesrepublik über alle bestehenden Grenzen hinweg. Es wäre auch gut, wenn unsere Annahme zuträfe, daß mit der „Offenen Antwort“ des Parteivorstandes der SPD auf unseren Offenen Brief das Verbot von Beziehungen zwischen den Mitgliedern, den Organisationen und Leitungen von SPD und SED aufgehoben ist. Jedenfalls behindert nicht die Grenze, sondern die Mauer des kalten Krieges und des Antikommunismus das Zusammenfinden.

Wir haben Grenzen ebenso wie jeder andere Staat. Ebenso wie jeder andere Staat verlangen wir auch, daß unsere Grenzen und unsere Gesetze respektiert werden. Das setzen wir durch. Das ist in allen Ländern der Welt so. Keinem Menschen wird ein Haar gekrümmt, der die gesetzliche Ordnung der DDR achtet. Wer aber der verbrecherischen Aufforderung zur Verletzung unserer Grenzen und Gesetze folgt, wer der törichten Propaganda glaubt, ein Staat DDR existiere nicht, man brauche seine Grenze nicht zu respektieren, der riskiert Kopf und Kragen. Daran kann nichts geändert werden.

Das Regime an einer Grenze aber richtet sich immer nach den Beziehungen zwischen den Staaten, die sie trennt. Sind diese Beziehungen freundschaftlicher Natur, dann kann auch das Regime an der Grenze freundschaftlich und großzügig sein. Wird dagegen, wie es von Westdeutschland und Westberlin aus geschieht, immer wieder der Versuch gemacht, unsere Grenzen zu negieren, sie und unsere Gesetzlichkeit zu mißachten, dann ist es selbstverständlich notwendig, daß die Deutsche Demokratische Republik entsprechende Maßnahmen trifft. Sie schützen unseren Staat, unser Volk und verhindern gefährliche Konflikte. Deshalb beabsichtigen wir nicht, unsere gesicherte in eine ungesicherte Grenze zu verwandeln. Die westdeutsche Sozialdemokratie sollte interessiert daran sein und sich dafür einsetzen, daß niemand verleitet wird, Grenzzwischenfälle hervorzurufen, die leicht zu gefährlichen Konsequenzen führen könnten.

#### Werte Genossen!

In der Antwort des Parteivorstandes der SPD auf unseren Offenen Brief ist auch noch nichts darüber gesagt, wie Sie sich ein vereinigt Deutschland vorstellen. Von der Beantwortung dieser Frage hängt sehr viel ab. In unserem Offenen Brief sagten wir folgendes: „Wer – so fragen wir – ist dazu berufen, in Deutschland politische Macht auszuüben? Soll es die Arbeiterklasse als stärkste Klasse der Gesellschaft mit ihren Verbündeten, der Bauernschaft, der Intelligenz, den Gewerbetreibenden, aber auch demokratischen antiimperialistischen Kreisen des Bürgertums sein? Oder aber sollen es die hundert Familien der Multimillionäre sein, die gegenwärtig in der westdeutschen Bundesrepublik über viele Hebel ihres mächtigen Monopolapparates alle entscheidenden Machtpositionen in Staat und Wirtschaft, Armee und Polizei, Justiz und Außenpolitik dirigieren und auch die sogenannte öffentliche Meinung beeinflussen? Das alles sind doch Fragen, die bei der Wiedervereinigung Deutschlands zur Beratung stehen.“

Über diese Fragen herrscht bei uns völlige Klarheit. Die Vereinigung der deutschen Staaten soll der Sicherung des Friedens dienen, nicht aber dem Revanchismus und dem Krieg. Sie soll das Friedens-

potential der deutschen Nation stärken, niemals aber das Kriegspotential. In einem künftigen vereinigten Deutschland soll nicht das große Besitzbürgertum die alleinige Macht ausüben und mit den Arbeitern nach Belieben umspringen können, wie es heute zum Beispiel im Ruhrgebiet geschieht. Die Vereinigung der deutschen Staaten muß dem Wohlstand ihrer Bürger dienen und darf nicht zu einem Machtzuwachs der Monopole, der Reaktion, der Militaristen führen. Es wäre im Interesse einer fruchtbaren Diskussion über die Deutschlandfrage sehr nützlich, wenn die Sozialdemokratie der Öffentlichkeit auf diese Fragen antworten würde.

Worum geht es heute?

Der in der Antwort des Parteivorstandes der SPD noch vertretene Alleinvertretungsanspruch der westdeutschen Bundesrepublik ist ein Element der Versteinerung der deutschen Spaltung. Wohin es führt, wenn man nicht zur Kenntnis nehmen will, daß zwei deutsche Staaten existieren, die sich miteinander verständigen müssen, zeigen die letzten 17 Jahre. Mit Recht spricht man in Westdeutschland in Kreisen der Sozialdemokratie von einer neuen Bewährungsprobe, in der die Arbeiterklasse und ihre gesellschaftlichen Organisationen nicht versagen dürften. Aber wenn die Politik der westdeutschen Bundesrepublik gegenüber dem anderen deutschen Staat so bleibt, dann wird es auch in den nächsten 17 Jahren, auch nach vier oder fünf weiteren Bundestagswahlen, in der Deutschlandfrage nicht einen Schritt weitergehen. Wie aber kann die Lage verändert werden, wenn nicht die Arbeiter und ihre politischen Parteien und Organisationen in Westdeutschland wie in der Deutschen Demokratischen Republik der unbestreitbaren Tatsache der Existenz zweier deutscher Staaten Rechnung tragen, um gemeinsam das Eis des kalten Krieges zum Schmelzen zu bringen?

Die westdeutschen Sozialdemokraten sollten verstehen, daß die Großunternehmer, ihre Verbände und ihre Regierung natürlich in keiner Weise an einer Lösung interessiert sind, die nicht die Vormachtstellung ihrer Klasse auch über die DDR einschließt. Das aber ist nicht nur für die Arbeiterklasse, sondern für das ganze Volk der Deutschen Demokratischen Republik untragbar. Das wäre auch die größte Gefahr für den Frieden.

Wenn es also zu einer Vereinigung der deutschen Staaten kommen soll, dann müssen die Arbeiterparteien und die Arbeiterorganisationen die Initiative ergreifen.

Wir in der Deutschen Demokratischen Republik haben durch die Kraft der Arbeiterklasse und des ganzen Volkes eine demokratische Ordnung geschaffen und errichten jetzt den Sozialismus. Viele Forderungen, für die die deutsche Sozialdemokratie jahrzehntelang gekämpft hat, sind bei uns verwirklicht. Die Großbetriebe sind in Volkes Hand. Die Arbeiter nehmen an der Planung und Leitung der Wirtschaft teil. Der Boden der Großgrundbesitzer gehört denen, die ihn bebauen. Das Bildungsprivileg der Reichen ist gebrochen. Die Gleichberechtigung der Frauen ist hergestellt. Alle jungen Menschen haben gleiche Chancen. Wir betrachten es als wahrscheinlich, daß die Arbeiterklasse Westdeutschlands nicht den Weg der Arbeiterklasse der Deutschen Demokratischen Republik wiederholen wird, denn schließlich sind heute andere Voraussetzungen als vor 20 Jahren und vor 17 Jahren. Die Existenz eines sozialistischen deutschen Staates ermöglicht es den Westdeutschen, manche Fragen der notwendigen demokratischen Umgestaltung der Gesellschaft auf einem anderen, hoffentlich leichteren Weg zu lösen, als wir es unter den schwierigen Bedingungen unseres Anfangs tun mußten.

Wie immer auch der Weg der westdeutschen Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten sein wird, klar erscheint jedenfalls, daß das Verhältnis der westdeutschen Arbeiterparteien und Arbeiterorganisationen zur Deutschen Demokratischen Republik nicht das Verhältnis der Feindschaft sein kann. Sicherlich wäre es förderlich, wenn die westdeutschen Arbeiterparteien und Arbeiterorganisationen unsere Entwicklung sorgfältig studieren würden. Vielleicht finden sie doch aus unseren Erfahrungen einiges, was auch für Westdeutschland nützlich sein kann.

Entscheiden kann natürlich nur die westdeutsche Arbeiterschaft. Wir denken jedenfalls nicht daran, daß etwa in einem vereinigten Deutschland nur eine Partei den Ton angeben wird. Deswegen haben wir in unserem Offenen Brief ausdrücklich gesagt, daß das zukünftige vereinigte Deutschland „von den Gedanken und Vorstellungen der SED und der SPD und aller derjenigen Deutschen geprägt sein soll, die ehrlichen Herzens an dem großen Werk der Überwindung der Spaltung und der Neugestaltung Deutschlands mitarbeiten“. Wir können uns vorstellen, daß durch unsere Zusammenarbeit schließlich ein Programm darüber zur öffentlichen Diskussion gestellt wird, wie das spätere Deutschland aussehen soll, dem wir gemeinsam zustreben wollen.

Wenn in der „Offenen Antwort“ der SPD-Vorstand der SED vorwirft, sie erstrebe eine Monopolstellung, so können wir dazu nur sagen: Die SED ist in der DDR die führende politische Partei, auch in der Regierung. Aber sie besitzt weder noch strebt sie nach einer Monopolstellung. Bekanntlich gibt es in der DDR fünf Parteien, die auf freiwilliger Basis zusammenarbeiten.

Wie immer auch die Zukunft sein mag, nichts wird erreicht werden können, wenn die Arbeiterparteien der beiden deutschen Staaten sich nicht zusammensetzen, in freier und offener Aussprache über alle Fragen und Probleme, über Weg und Ziel sprechen.

Wir sind auch davon überzeugt, daß die große Mehrheit der Bevölkerung Westdeutschlands es der SPD danken würde, wenn sie eine Initiative zur Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten ergreifen würde. Das wäre zugleich der Weg, um viele Probleme zu lösen, die die Menschen bewegen, die jedoch unter den heutigen verhärteten Verhältnissen nicht zu lösen sind.

Mit Interesse haben wir den Vorschlag des Parteivorstandes der SPD zur Kenntnis genommen, gemeinsame Versammlungen in beiden deutschen Staaten durchzuführen, auf denen die beiderseitigen Standpunkte offen dargelegt werden können.

Das Zentralkomitee der SED schlägt vor, mit einem praktischen Beispiel den ersten Schritt bald zu tun und dabei gleichzeitig Erfahrungen zu sammeln.

Anknüpfend an die Gedanken der SPD schlagen wir vor, daß zunächst auf einer SED-Veranstaltung in Karl-Marx-Stadt Vertreter der SPD und der SED das Wort ergreifen.

Wir schlagen ferner vor, daß auf einer SPD-Veranstaltung in Essen ebenfalls Vertreter der SED und der SPD das Wort ergreifen.

Wir können die Zusage geben, daß die von der Sozialdemokratischen Partei delegierten Redner volle persönliche Sicherheit und Redefreiheit haben werden.

Wir schlagen vor, daß der Parteivorstand der SPD sich bei den zuständigen Innenministerien der westdeutschen Bundesrepublik vergewissert, daß eine solche Versammlung in Essen ungehindert stattfinden kann, und daß die von der SED delegierten Redner ebenfalls volle Sicherheit und Redefreiheit genießen.

Nach den Erfahrungen dieses ersten Versuchs könnten dann zwischen dem Parteivorstand der SPD und dem Zentralkomitee der SED weitere Schritte beraten und vereinbart werden.

Wir erwarten auf unseren Vorschlag die Antwort der SPD.

Was ähnliche Veranstaltungen anderer Parteien betrifft, so fühlen wir uns nicht dazu berufen, für die CDU, die LDPD und die NDPD, die DBD und für die demokratischen Massenorganisationen der DDR zu sprechen. Falls also die westdeutsche CDU oder FDP oder andere Parteien oder Organisationen den Wunsch haben sollten, ähnliche gemeinsame Veranstaltungen durchzuführen, müßten sie sich mit den entsprechenden Parteien oder Organisationen in der Deutschen Demokratischen Republik in Verbindung setzen, sich mit ihnen verständigen und die notwendigen Schritte bei den zuständigen Behörden hüben und drüben unternehmen.

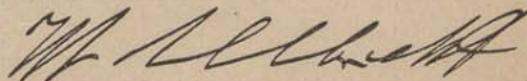
Im übrigen möchten wir unsere Vorschläge, daß sich SED und SPD über gemeinsame Vorstellungen für die Einberufung einer großen gesamtdeutschen Beratung einigen, erneuern.

Es gibt natürlich noch viele Fragen, die wir miteinander besprechen müssen. Aller Anfang ist schwer. Aber alle Schwierigkeiten können Schritt um Schritt überwunden werden, wenn der Wille vorhanden ist, strittige Fragen zu klären und gemeinsam zu jenem Ufer zu kommen, auf dem des deutschen Volkes gute Zukunft liegt. Der Weg dorthin: Beendigung des feindseligen Verhältnisses zwischen beiden deutschen Staaten, Aufschlagen eines neuen Blattes im Buch der deutschen Geschichte.

Wer sollte dabei größere Verantwortung haben als wir selbst, die größten Parteien der beiden deutschen Staaten? Sie können versichert sein – werte sozialdemokratische Genossen –, daß trotz aller noch vorhandenen Gegensätzlichkeiten wir auch weiterhin in jenem Geiste wirken werden, der unseren Offenen Brief durchdringt. Es kann zwischen SED und SPD nicht darum gehen, daß einer über den anderen obsiegt, sondern beide müssen wir gewinnen, zum Wohle der deutschen Arbeiterklasse und der glücklichen Zukunft des deutschen Volkes.

Mit sozialistischem Gruß

Zentralkomitee der  
Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands

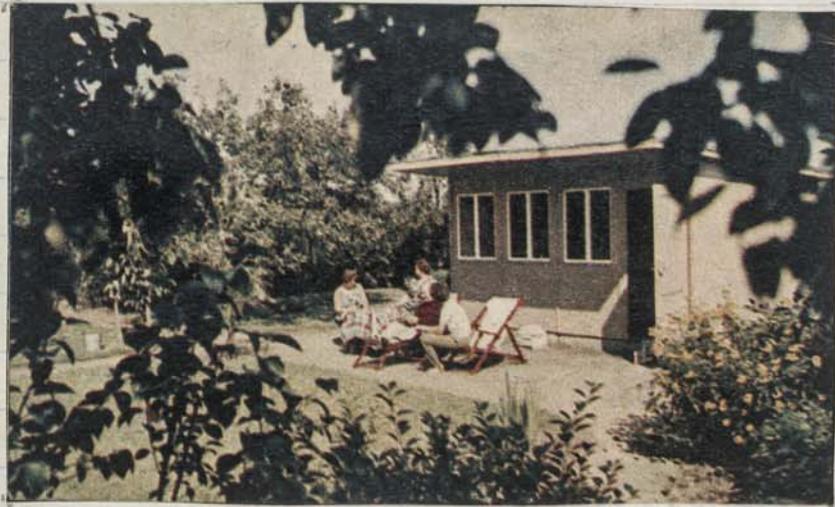


Walter Ulbricht

Erster Sekretär

Monat

April



Wir Frauen freuen uns über die  
5 Tage - Woche.

Der arbeitsfreie Sonnabend alle  
14 Tage bedeutet:  
mehr Freizeit - mehr Erholung.

## Neue Arbeitszeitregelung!

Zwischschichtarbeitende:

Mo. - Fr.

So.

6 Tage - Woche

6<sup>00</sup> - 15<sup>00</sup> Uhr

6<sup>00</sup> - 11<sup>15</sup> Uhr

Mo. - Fr.

So.

5 Tage - Woche

6<sup>00</sup> - 15<sup>00</sup> Uhr

Frei

Zwischschichtarbeitende

Mo. - Fr.

So.

6 Tage - Woche

5<sup>45</sup> - 14<sup>45</sup> Uhr

5<sup>45</sup> - 11<sup>00</sup> Uhr

Mo. - Fr.

So.

14<sup>30</sup> - 23<sup>30</sup> Uhr

10<sup>45</sup> - 16<sup>00</sup> Uhr

jeden 2ten Sonntagabend frei.

# Kennziffern zum Haushaltsbuch

Von Januar bis Dezember 1966

1) Arbeitszeitausnutzung	83,0%
2) Tarifyurlaub	6,2%
3) Krankenstand	7,2%
4) sonst. Fehlen	0,2%

Ferner Belieferung der Fütterei mit Füttersteuern in ausreichender Anzahl und guter Qualität.

## Abrechnung I. Quartal

Kennziffern	Soll % 1966	Ist			Kontrolle
		Jan.	Febr.	März	
2. Arbeitszeit- Ausnutzung	88	88,2	95,9	93,2	92,5
3. Tarifyurlaub	2,5	1,1	1,0	2,23	1,46
4. Krankenstand	6,00	5,2	—	2,76	2,57
5. sonst. Fehlen	0,2	3,7	1,4	0,2	1,74
6. Cu. Abfall	—				
7. Pl. Abfall	—				

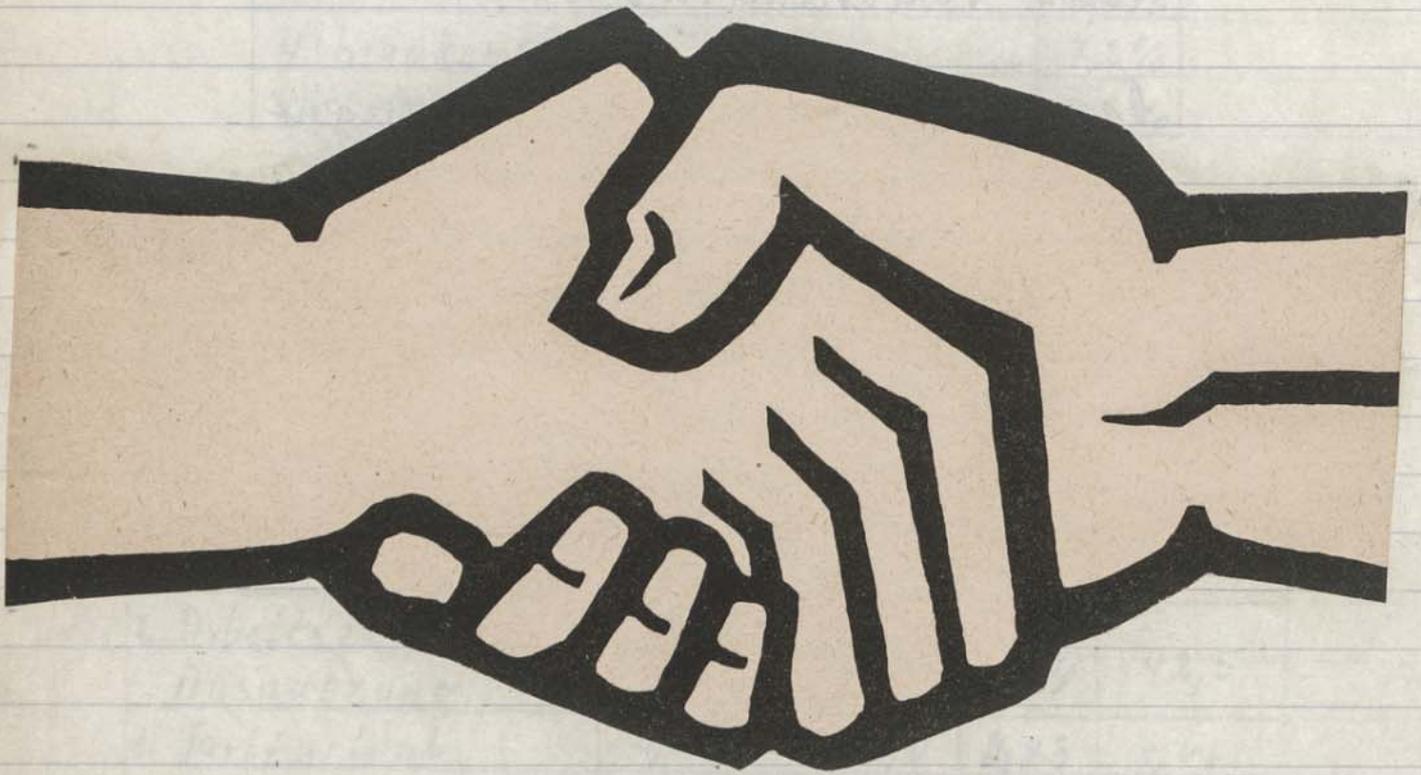
Einem guten Erfolg hatte die  
Aussprache im März mit der  
Kollu. Jäger.

Die Auswirkung in diesem  
Monat:

pünktlicher Arbeitsbeginn —  
keine Fehlstunden.

Die 5 Tage - Woche wirkt sich gut  
auf unsere Arbeitsergebnisse aus.  
Es wurden insgesamt mehr  
Steine gefertigt als sonst.  
Es wurden 500 Steine (Fertigsteine)  
über den Plan poliert.

**20 JAHRE**



**SED – Partei des Volkes**

**Führerin der Nation.**

## Die Partei

Zur Partei vereint sind die Kleinen - Bezwingen!  
Streck die Waffen Feind, vor der größten Gewalt!  
Partei — ist die Hand der Millionen Finger,  
zerschmetternd zur reinigen Faust geballt.

Allein ist man töricht, allein ist man nicht's;  
allein — und was man von Bärenstärke —  
hebt man keinen Balken mittleren Gewichts,  
gleichwie ein Haus — fünf Stockwerke.

Partei — sind Millionen tragender Achsen,  
im fühlender Fränzung vereintes Streben.

Partei macht, daß Balken zum Himmel wachsen,  
daß wir einander halten und lieben.

Partei — ist das Rückgrat der Arbeiterklasse.

Partei — ist die Unsterblichkeit unserer Sendung.

Partei — ist die einzige Gewähr der Vollendung.

Hirn der Klasse, Sinn der Klasse,  
Kraft der Klasse, Ruhm der Klasse —  
das ist die Partei.

—Wladimir Majakowski—

Gewerkschaftsversammlung 4. 1966

Thema:

- 1) Haushaltsbuch.
- 2) Vorbereitung 1. Mai.

zu 1) Die erste Auswertung im 1. Quartal  
ergab eine Arbeitszeitausnutzung von 4,5%  
über unser Vorgabesoll.

Außerdem ist der Krankenstand nur 3,43%  
niedriger als unsere vorgegebene Sollzahl.

Unsere Fehlzeiten machen uns allerdings  
recht große Sorgen wo wir bei 1,74%  
liegen, was aber nur verschulden der  
Kollegin Dezen ist die im Januar 10  
im Februar 4 Fehltag zu verzeichnen  
hatte.

Am 18.2.1966 wurde ihr deshalb ein  
schriftlicher Verweis erteilt.

Die Gewerkschaftsversammlung vom  
vergangenen Monat scheint erste Früchte  
zu tragen.

Es waren im März nur 2 Fehlstunden  
zu verzeichnen.

zu 2) Die Kolleginnen haben sich verpflichtet  
die Ausschmückung der Poliererei zu  
übernehmen.

Ferner Auszeichnung von guten  
Kolleginnen.

Monat

Mai

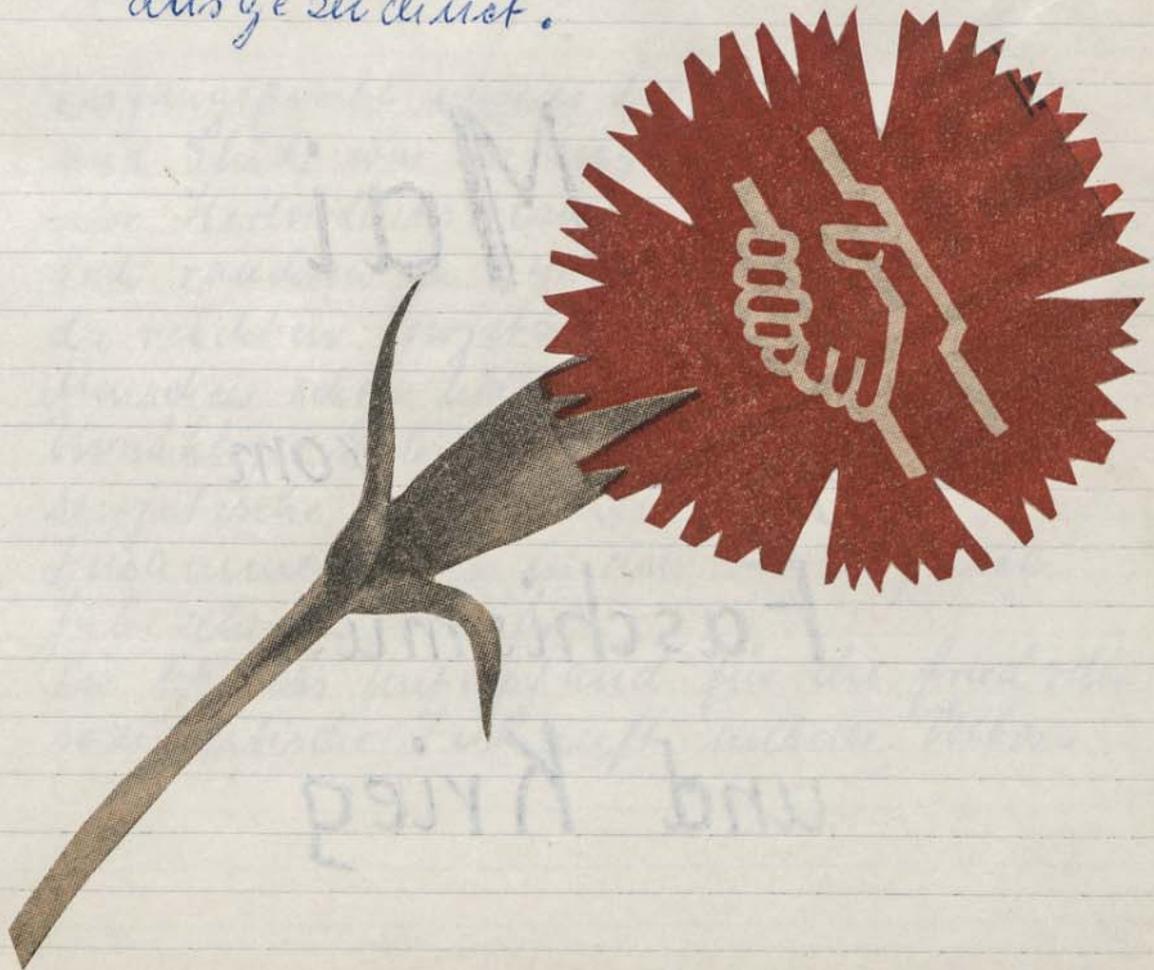


1 Mai

Wir demonstrieren  
für Frieden  
und Sozialismus

Alle Kolleginnen der Polizei  
marschierten geschlossen im Block  
der Berliner Industrie.  
Was für unser kleines Kollektiv  
als besondere Auszeichnung gilt.

Am Vorabend des 1. Mai  
wurden die Kolleginnen  
M. Fülling und K. Kelger  
mit einer Geldprämie  
ausgezeichnet.





8 Mai

Befreiung vom  
Faschismus  
und Krieg



Ausgangspunkt unseres Lebens in Frieden  
und Glück war der Sieg der Sowjetunion  
über Hitler-Deutschland.

Noch rauchten in Berlin die Trümmer,  
da reichten Sowjetkrieger den deutschen  
Menschen schon hilfreich die Hand.

Unzählige Male hat sich die deutsch-  
sowjetische Freundschaft und  
Zusammenarbeit in den vergangenen  
Jahrzehnten bewährt.

Sie ist das Unterpfand für die friedvolle  
sozialistische Zukunft unseres Volkes.

# Leistungsabhängiger

## Sonderurlaub

Im Jahre 1965 wurden durch die Kabelwerker gute Leistungen vollbracht. Auch wir aus K W haben großen Anteil daran.

Zu unserer Jahresprämie gibt es zusätzlich Urlaub für folgende Kollegen.

Kolln. Jähne	2 Tage	Kolln. Elger	3 Tage
Kolln. Kopittke	2 "	Kolln. Peisker	1 "
Kolln. Wenzel	3 "	Kolln. Schimke	3 "
Kolln. Süßkow	2 "	Kolln. Kahmert	3 "
Kolln. Habermann	2 "	Kolln. Klauke	3 "
Kolln. Labisch	2 "		
Kolln. Lewke	2 "		
Kolln. Fülling	3 "		

Die Kollegin R. Peisker hatte 1965 2 Fehltag  
bekam daher nur einen Tag Sonderurlaub.

Die Kollegin G. Degen wurde erst im November  
1965 bei uns eingestellt.

Monat

Juni

## Kennziffern zum II. Quartal

Kennziffern:	Soll % 1966	Ist			Kontrolle	
		Apr.	Mai	Juni		
2) Arbeitszeit- Ausnutzung	83	94,1	89,3	90,4	91,3	91,9
3) Tarifurlaub	5,7	3,25	7,83	6,86	5,99	3,75
4) Krankenstand	7,2	0,29	0,47	-	0,25	1,40
5) Sonst. Fehlen	0,2	0,27	0,21	0,59	0,36	1,04
-						
-						

Gewerkschaftsversammlung vom 6. 1966

Thema:

Gegenstand unserer Gewerkschaftsversammlung  
waren die Bummelstunden der Kollu. G. Degen  
und des Koll. Schmidt.

Trotz aller guten Ratschläge und Ermahnungen des Meisters und des ganzen Kollektivs brachte uns die Kollu. G. Degen wieder 2 Fehlstunden ein.

Wogegen Sie im Mai pünktlich und ordentlich ihre Arbeit verrichtete.

Unser Peter Schmidt hat neuerdings keinen Spaß mehr an der Arbeit, er fängt auch an zu bummeln.

Es wurde Ihnen nochmal klar gemacht welche Auswirkungen Bummelstunden für unser Haushaltsbuch haben.

Im I Quartal: Arbeitszeitausnutzung 8,3% über unsere Sollzahl.

In den letzten 3 Monaten hatten wir insgesamt nur 3 Krankentage zu verzeichnen.

Fehlzeiten insgesamt 0,36%. Auch diese Zahl befriedigt uns noch nicht ganz, gegen unserer Vorgabe von 0,2%.

Kopfweilich ist festzustellen das im I Quartal I Halbjahr in der Poliererei unpaletten gearbeitet wurde.

Die Auswertung unserer Verpflichtung ergibt das

zum Teil, alle von uns gestellten Punkte erfüllt werden konnten.

Es wurden in den vier Monaten insgesamt 2245 Fertigteile über dem Soll poliert.

52 Karat Diamantstaub eingespart.

Auch konnten alle an uns gestellten Anforderungen Mengen, Sorten und Qualitätsgerecht erfüllt werden.

Die F & G B Mitgliederbuchkontrolle ergab, dass die Gewerkschaftsgruppe der Poliererei als Erste des Kupferwerkes zu bezeichnen ist.

100% organisiert. Pünktliche und richtige Beitragzahlung.

Alle Kollegen beteiligen sich am Kampf um Solidaritätsmarken.



Feierliche Überreichung  
der ersten Rente für die  
Kolleginnen Minna Jähne  
und Maria Fülling



60ter Geburtstag unserer  
Kollegin Minna Jähne.



Noch eine Rentnerin!!!!  
Unsere Maria 60 Jahre alt.